**Pressemitteilung**

Berlin, 20.02.2019

Bezug:

Anlagen:

**Hubertus Zdebel, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.806

Telefon: +49 30 227-74332

Fax: +49 30 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Münster:**

Achtermannstr. 19

48143 Münster

Telefon: +49 251 4909246

Fax: +49 251 4909352

**Bürgerbüro** **Mühlheim:**

Dickswall 14

45468 Mülheim an der Ruhr

Telefon: +49 208 30594510

Fax: +49 208 30594512

Demonstration am Atommüll-Zwischenlager Ahaus – Kein atomwaffenfähiger Atommüll aus Garching

Zum achten Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima findet am 9. März in Ahaus eine überregionale Protestdemonstration gegen Atomkraft, gegen die unzureichende Sicherheit der Atommüll-Zwischenlager und gegen weitere Castor-Transporte statt. Der Münsteraner Bundestagsabgeordnete Hubertus Zdebel (DIE LINKE) ruft zur Teilnahme an der Demonstration in Ahaus auf:

„Ahaus drohen noch in diesem Jahr neue Castor-Transporte aus dem stillgelegten Atomkraftwerk AVR in Jülich. Jetzt auch noch atomwaffenfähigen Atommüll aus dem Forschungsreaktor München-Garching nach Ahaus zu transportieren, ist ein absolutes No Go!“

Zdebel weiter: „Immer noch sind in der Bundesrepublik sieben Atomkraftwerke in Betrieb, in denen es jederzeit zu einem Super-Gau mit massiver Freisetzung von Radioaktivität kommen kann. Für den dabei anfallenden Atommüll gibt es bis heute keine dauerhaft sichere Verwahrung. Die für eine Million Jahre hochgefährlichen Atomabfälle werden seit Jahrzehnten von einer Zwischenlösung zur nächsten verschoben.

 Es ist und bleibt unverantwortlich, weiter mit dem Betrieb von AKWs Atommüll zu erzeugen, wenn deren langfristige Lagerung völlig ungelöst ist. Immer mehr Atommüll aus der gesamten Bundesrepublik und demnächst auch aus Frankreich soll nach Ahaus transportiert werden. Dabei läuft Mitte der 2030er Jahre die Genehmigung für die Zwischenlagerung in Ahaus aus. Ein Endlager für diesen Atommüll soll es aber frühestens 2050 geben, Experten sagen sogar erst 2080 oder noch später. Kein Wunder, wenn also die Sorge umgeht, Ahaus könnte zum Endlager werden.

Die derzeit laufenden Nachrüstungen am Zwischenlager in Ahaus machen auch klar, dass die oberirdische Zwischenlagerung voller Sicherheitsrisiken ist. Statt Atomtransporte einfach per Genehmigung durchzusetzen, sollten die Behörden endlich mit den Menschen vor Ort offen über die Gefahren und Risiken reden.

Darüber hinaus wachsen die Kosten, die für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entstehen: Die Atomkonzerne haben Gewinne gemacht und sind von den Kostenrisiken der Atommülllagerung jüngst per Gesetz befreit worden. Nun sollen die Steuerzahler\*innen dafür die Zeche zahlen. Auch dagegen werden wir am 9. März auf die Straße gehen."